

Vlk ist es der nachdrückliche Wunsch Johannes Pauls II., die Einheit der Tschechoslowakei als föderale Republik zu erhalten. Bereits während seines Besuches in der ČSFR im April 1990 (vgl. HK, Juni 1990, 291 ff.) hatte der Papst von den Bewohnern des Landes Einigkeit und das Bemühen um ein „brüderliches, harmonisches Zusammenleben“ gefordert. Auch bei mehreren Gelegenheiten ließ der Hl. Stuhl die tschechoslowakische Regierung wissen, daß ihm an der Aufrechterhaltung der Einheit der Tschechoslowakei gelegen sei. Beim Ad-limi-

na-Besuch der tschechischen und slowakischen Bischöfe Ende Juni unterließ Johannes Paul II. in seiner Ansprache jetzt allerdings jeden Hinweis auf die politische Situation des Landes (vgl. Osservatore Romano, 27. 6. 92). Die nahe Zukunft wird zeigen, ob die kirchlichen Mahnungen zur Besonnenheit und zur Bedachtnahme auf die vielen Gemeinsamkeiten in Geschichte und Gegenwart von nationalistischen Emotionen und einer sie instrumentalisierenden Politik hinweggefegt werden oder nicht.

Peter Musyl

„Man sollte die Parteien wieder an ihre vorrangigen Aufgaben erinnern“

Ein Gespräch mit der Berliner Politologin Gesine Schwan

Woher kommt das schlechte Ansehen, das die etablierten Parteien zur Zeit in der Bundesrepublik genießen? Was müsste sich an den Parteien ändern, damit sie ihre eigentlichen Aufgaben im Staat wieder besser wahrnehmen können? In welche Richtung wird sich das deutsche Parteiensystem bewegen? Geht der Trend in Richtung Instabilität? Darüber sprachen wir mit Professor Gesine Schwan. Sie lehrt Politische Wissenschaft am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin. Die Fragen stellte Ulrich Ruh.

HK: Frau Professor Schwan, spätestens seit den viel und kontrovers diskutierten Äußerungen des Bundespräsidenten in seinem jüngst erschienenen Interviewbuch ist Kritik an den Parteien in der Bundesrepublik bzw. ihrer Rolle im Staat en vogue. Sind die deutschen Parteien derzeit wirklich so schlecht wie ihr Ruf?

Schwan: Man muß hier zwei Dinge auseinanderhalten. Zum einen gibt es einen schlechten Ruf der Parteien unabhängig von ihrem konkreten Zustand, der traditionellen Vorbehalten im deutschen politischen Denken gegenüber Parteien entstammt. Diese Vorbehalte kommen aus eher undemokratischen Grundhaltungen, und man hat dem Bundespräsidenten nach seinen jüngsten Äußerungen ja auch vorgeworfen, er mobilisiere mit seiner aktuellen Parteienkritik diese alten undemokratischen Ressentiments. Der Text des Bundespräsidenten ist in dieser Hinsicht aber ganz eindeutig: Richard von Weizsäcker betont ja ausdrücklich, daß es keine Alternative zur Parteiendemokratie gebe. Der entscheidende Punkt seiner Kritik ist vielmehr, daß es innerhalb des alternativen Rahmens Parteienstaat Verkrustungserscheinungen und Defizite gibt.

HK: Wo liegen dann für Sie die eigentlichen kritischen Punkte?

Schwan: Die Parteien – das ist die eine gravierende Fehlentwicklung – haben sich inzwischen angewöhnt, viele

Personalentscheidungen zu beeinflussen, bei denen sie sich besser heraushalten sollten. Es ist nichts dagegen zu sagen, daß etwa in Rundfunkräten bei öffentlich-rechtlichen Anstalten die Parteien vertreten sind. Aber wenn es soweit geht, daß man als Journalist in diesen Anstalten nur noch etwas werden kann, wenn man einer Partei angehört, ist das von Übel. Dazu kommt, daß die konzeptionelle Arbeit in den Parteien einen viel zu geringen Raum einnimmt. Natürlich müssen Politiker um Machtanteile kämpfen und deshalb einen großen Teil ihrer Zeit auf die entsprechenden Aktivitäten verwenden. Aber die Proportion zwischen diesen Anstrengungen und der Zeit, die darauf verwendet werden müßte, um in Ruhe Probleme analysieren und entsprechend den Grundwerten der Parteien Antworten darauf zu finden, stimmt derzeit nicht.

„Die Parteien haben kein Monopol auf die politische Willensbildung“

HK: Müssen die Parteien derzeit nicht auch oft als Sündenböcke herhalten, auf die man allen Verdruß über das politische Geschäft wie überhaupt über gesellschaftliche Verkrustungen und Blockaden ablädt? Ist Parteienkritik zur Zeit nicht reichlich wohlfeil bzw. müßte man nicht auch sie nochmals kritisch befragen?

Schwan: Ich habe vor kurzem mit einem Kollegen gesprochen, der immer wieder in wichtigen politischen Ämtern war und parteipolitisch engagiert ist. Er hat sehr heftig auf die Kritik des Bundespräsidenten reagiert, weil er darin die Leistungen und die Arbeit der Parteien nicht genügend gewürdigt fand. Aus den Parteien waren ja solche Stimmen als Reaktion auf die Weizsäcker-Äußerungen vielfach zu hören: Der Tenor ist meist, bei der gängigen Kritik werde unterschätzt, welche Kärnerarbeit in ihnen doch von vielen Menschen geleistet werde. Ich kann sol-

che Reaktionen durchaus verstehen. Natürlich muß man sich gekränkt fühlen, wenn man sehr viel Zeit für das Engagement in einer Partei investiert und sich dann durch pauschale Vorwürfe ungerechtfertigt angegriffen fühlt. Daß viele in den Parteien einen aufopferungsvollen Dienst leisten, ist auch gar nicht zu bezweifeln. Man sollte also bei der Kritik an den Parteien die Kirche im Dorf lassen. Ich war aber doch auch bestürzt darüber, wie schnell von vielen Repräsentanten der Parteien die Anfragen des Bundespräsidenten abgewiesen worden sind, zum Teil, bevor man sie wirklich genau gelesen hatte.

HK: In der Debatte um die gegenwärtige Rolle der Parteien wird immer wieder auf den Grundgesetzartikel 21 verwiesen, der von der Mitwirkung der Parteien an der politischen Willensbildung spricht. Dabei wird vielfach beklagt, daß sich Privilegien und Mitwirkungsmöglichkeiten der Parteien längst über diesen Rahmen hinaus entwickelt hätten. Welchen Sinn hat es eigentlich, auf diesem Grundgesetzartikel herumzureiten, der doch einen weiten Spielraum für die konkrete Umsetzung läßt? Wird hier nicht vielfach ein Streit um Kaisers Bart geführt?

Schwan: So würde ich es nicht sehen. Man stelle sich nur einmal vor, im Artikel 21 hieße es, die Parteien bestimmen die politische Willensbildung. Das wäre doch katastrophal! Natürlich ist die Formel von der Mitwirkung der Parteien an der politischen Willensbildung dehnbar. Aber entscheidend ist, daß sie nach diesem Artikel kein Monopol auf die politische Willensbildung haben und es auch nicht bekommen dürfen. Was das im einzelnen bedeutet und was nicht, darüber müßte heute wieder intensiv nachgedacht und auch gestritten werden. Sicher kann man nicht alles rechtlich festlegen, um den Einfluß der Parteien etwa auf Stellenbesetzungen in Grenzen zu halten. Ich meine allerdings, daß etwa die an verantwortlicher Stelle in den Medien Tätigen grundsätzlich keiner Partei angehören sollten, weil die Medien in unserer komplexen Gesellschaft verantwortungsvolle Informations- und Problematisierungsaufgaben haben, denen sie nur wirklich gerecht werden können, wenn man sie nicht parteipolitisch an die Kandare legen kann. Insgesamt sollte man die Bestimmung des Grundgesetzes über die Mitwirkung der Parteien nicht als vergangene Idylle abtun, sondern sie als kritisches Korrektiv gegenüber den unbestreitbaren Wucherungen unseres Parteienstaates benutzen und die Parteien wieder an ihre vorrangigen Aufgaben erinnern.

HK: Es hat derzeit nicht den Anschein, die Parteien seien für eine verstärkte konzeptionelle Arbeit besonders gut gerüstet. Gerade die beiden großen Volksparteien tun sich doch ziemlich schwer damit, den Zusammenhang zwischen ihren grundlegenden Positionen und den politischen Einzelentscheidungen deutlich zu machen. Sind sich die Parteien überhaupt ihrer Grundwerte so sicher?

Schwan: Das Problem scheint mir nicht so sehr die mangelnde Klarheit im Blick auf die jeweiligen Wertgrundlagen der Parteien zu sein. Hier sind die aus der Geschichte

vorgegebenen unterschiedlichen Akzentsetzungen doch noch prägend. Die Defizite der Parteien heute liegen nicht so sehr in den Wertfragen, sondern bei ihrer mangelnden Fähigkeit, nüchtern Strategien zur Bewältigung der großen Probleme zu erarbeiten und sie dann auch verständlich zu machen. Alle Parteien, besonders die beiden großen Volksparteien, wären gut beraten, wenn sie viel unkonventioneller alle möglichen Leute mit Ideen und Sachverstand zur Beratung heranziehen würden. So könnten sie auch besser wahrnehmen, was die Menschen außerhalb ihrer eigenen Zirkel denken.

„Spektakulären Erfolgen von Protestparteien folgen schnell Enttäuschungseffekte“

HK: Im Kreuzfeuer der allgemeinen Parteienkritik stehen heute gerade die beiden großen Volksparteien, die CDU als größte Regierungspartei im Bund im besonderen Maß, aber auch die SPD als größte Oppositionspartei. Steckt nicht das Konzept der Volkspartei selber in der Krise, also der Versuch, für möglichst viele Schichten und Gruppen in der Bevölkerung wählbar zu sein, sich möglichst vielen Interessen und Strömungen zu öffnen? Blockieren sich die Volksparteien durch den Spagat zwischen ihren verschiedenen Flügeln nicht zusehends und werden gleichzeitig immer weniger voneinander unterscheidbar?

Schwan: Daß sich die großen Parteien im Lauf der Zeit in vielen Punkten aneinander angenähert haben, war wohl nicht zu vermeiden. Der Spielraum für politisches Handeln ist oft nicht so groß, daß wirklich grundlegend verschiedene profilierte Lösungen vertreten werden könnten, auch wenn man mit der Rede von angeblichen Sachzwängen sicher vorsichtig sein sollte. Es ist gut, wenn politische Alternativen nicht soweit auseinanderliegen, daß Kompromisse zwischen den Parteien nicht mehr möglich sind. Aber man kann doch Alternativen aufzeigen und auch deutlich machen, für welche Schichten Lösungsvorschläge von Vorteil sind und für welche nicht. Hier gab es etwa im Prozeß der deutschen Vereinigung ein erhebliches Defizit, nicht zuletzt im Blick auf die Eigentumsfrage. Man hat im Grundlagenvertrag das für die Demokratie in der Tat unverzichtbare Grundrecht auf Eigentum viel zu eng und partikularistisch zugunsten der Besitzenden interpretiert, indem man damit vor allem den Staat vor Besitzansprüchen auf Sacheigentum sicherte. So wurde mit der Maßgabe „Rückgabe vor Entschädigung“ eine falsche Weichenstellung vorgenommen, mit verheerenden Folgen, wie wir jetzt sehen. Das Grundrecht auf Eigentum meint in der Theorie der liberalen Demokratie zunächst und vor allem anderen das Recht auf meine Person und auf meine Freiheit. Das Sacheigentum wird daraus erst abgeleitet und soll der Sicherung von Freiheit und Leben dienen. Wenn in den neuen Bundesländern die Verabsolutierung von diesbezüglichen Besitzansprüchen dazu führt, daß in einer Reihe von Regionen die Hälfte

der Bevölkerung keine Aussicht auf Investitionen und auf Arbeit, d. h. auf eine menschenwürdige Gestaltung ihres Lebens und ihrer Freiheit mehr hat, dann wird das Eigentumsrecht geradezu pervertiert. Hier haben Unverstand und enges Parteiinteresse über Menschenwürde und Gerechtigkeit obsiegt. Im übrigen ist der Anteil der Bevölkerung, der zu rationaler politischer Argumentation fähig und für entsprechende Überlegungen zugänglich ist, doch gewachsen. Darauf sollten die Parteien auch viel stärker bei ihrer alltäglichen Arbeit und auch in Wahlkämpfen setzen.

HK: Was bringt es den etablierten Parteien, auf das politische Urteilsvermögen und die Differenzierungsfähigkeit der Bevölkerung zu setzen, wenn ihnen – wie derzeit zu beobachten – zahlreiche Wähler davonlaufen, indem sie entweder überhaupt nicht zur Wahl gehen oder aber Protestparteien wählen, die mit einfachen Slogans schnelle Lösungen für die bedrängenden Probleme versprechen?

Schwan: Man sollte diese Phänomene nicht fatalistisch akzeptieren. Spektakulären Erfolgen von Protestparteien folgen meist sehr schnell Enttäuschungseffekte, weil diese Parteien zwar viel fordern, aber nur wenig davon wirklich umsetzen können. Meist sind die entsprechenden Programme – Sie brauchen nur das der Republikaner zu nehmen – inkohärent und nicht sachdienlich. Zur Lösung der Probleme, die in Teilen der Bevölkerung erhebliche Frustrationen hervorrufen und zur Wahl von Protestparteien führen, können diese Parteien konzeptionell nichts Ernsthaftes beitragen. Es ist zwar nicht auszuschließen, daß der Trend zu Protestparteien weiter anhält, wenn die Regierung weiter gravierende Fehler macht und die Opposition nicht prägnant genug dagegenhält. Es bestehen aber für die etablierten Parteien durchaus Chancen, diese Entwicklung zu stoppen und Wähler zurückzugewinnen.

„Den Mut zu einer offenen Bestandsaufnahme aufbringen“

HK: Wie wäre das dann am ehesten zu leisten?

Schwan: Voraussetzung dafür ist vor allem, daß die Menschen mehr Vertrauen in die jeweiligen Personen setzen können, die in diesen Parteien die Politik machen. Vertrauen hat man ja weniger in Programme oder Papiere als in Personen. Es muß deutlich werden, daß Politikerinnen und Politiker in der Sache wirklich etwas wollen und Politik nicht als bloßes Routinegeschäft betrachten. Die durchschnittliche Politikergarde in der Bundesrepublik – besonders in den alten Bundesländern – macht auf die Bevölkerung nicht den Eindruck, als wäre es ihr ein Herzensanliegen, in der Sache etwas zu bewegen. Das war in der Politikergeneration nach 1945 anders, die dementsprechend auch mehr Charisma und mehr Ausstrahlungskraft besaß. Heute gilt das am ehesten für einige Politiker, die aus der ehemaligen DDR kommen und sich dem altbundesdeutschen Politik- und Parteienbetrieb noch nicht angepaßt haben.

HK: Sie sehen nicht die Gefahr, daß es in der Bundesrepublik mittelfristig zu einer stärkeren Aufsplitterung der Parteien kommt, worunter die politische Stabilität leiden könnte. Überschätzen Sie damit nicht die Beständigkeit der parteipolitischen Landschaft in der Bundesrepublik?

Schwan: Eine Aufsplitterung des Parteiensystems auf breiter Front steht uns aller Wahrscheinlichkeit nicht ins Haus. Es ist allerdings möglich, daß der Zulauf zu rechten Gruppierungen noch weiter zunimmt. Erfahrungsgemäß haben solche Gruppierungen immer dann Konjunktur, wenn sich Teile der Bevölkerung durch massive Veränderungen der sozialen und psychosozialen Situation verunsichert fühlen. Sie klammern sich dann leicht an Bewegungen oder Personen, von denen sie in ihren diffusen Ängsten und Besorgnissen Sicherheit und Festigkeit erwarten. Angesichts der vielen schwierigen Probleme, die auf uns zukommen und der Tatsache, daß es in Deutschland wie in anderen europäischen Ländern einen beträchtlichen Sockelbestand an nationalistischen Einstellungen gibt, stehen die Chancen für rechte Protestparteien mittelfristig nicht schlecht. Es wäre allerdings verhängnisvoll, würden die Volksparteien als Antwort darauf versuchen, durch Übernahme entsprechender Rhetorik Gruppen vom rechten Rand zu integrieren. Man macht damit immer Dinge hoffähig, die es ganz und gar nicht verdienen. Statt dessen kommt es darauf an, beherzt eine durchdachte Arbeitsmarkt-, Wohnungs-, Familien- und Jugendpolitik zu betreiben, damit die Menschen nicht ihre materielle und psychische Verankerung verlieren. Das ist unter dem strengen Gebot des Sparens nicht einfach. Hier sind Konzepte und Persönlichkeiten gefragt, die den Mut zu einer offenen Bestandsaufnahme und zur Gerechtigkeit im Verzicht aufbringen. Ich glaube, die Bevölkerung würde das honorieren.

HK: Derzeit wird – aus dem aktuellen Anlaß der Haltung der CDU in der Neuregelung des Abtreibungsstrafrechts wie auch aus grundsätzlichen Erwägungen heraus – in bestimmten Kreisen mehr oder weniger laut über die Chancen bzw. die Notwendigkeit einer neuen dezidiert christlichen Partei nachgedacht, die dann ihr Wählerpotential vor allem bei von ihrer Partei enttäuschten bisherigen CDU-Anhängern finden könnte. Was wäre von einer solchen Spielart der Aufsplitterung bzw. Erweiterung des deutschen Parteienspektrums zu halten?

Schwan: Zum einen bin ich prinzipiell gegen die Gründung einer solchen „christlichen“ Partei, zum anderen gebe ich auch faktisch-empirisch einer solchen Gruppierung keine ernsthafte Chance. Meine prinzipielle Ablehnung einer solchen Entwicklung stützt sich auf die Überzeugung, daß der christliche Glaube zwar ohne Zweifel Grundlage für ein politisches Engagement sein kann, daß sich daraus aber keine Beschränkung auf eine bestimmte Partei ableiten läßt. Mein persönliches politisches Engagement in der SPD ist ganz klar christlich begründet und mir liegt viel daran, daß die Möglichkeit eines christlich motivierten Engagements in verschiedenen Parteien auch wei-

terhin erhalten bleibt. Weder aus dem Evangelium selber noch aus der katholischen oder evangelischen Glaubenslehre läßt sich eine Parteipolitik ableiten. Zwar muß christlich motivierte und fundierte Politik notwendigerweise gewisse Akzente setzen: Ich kann mir nicht vorstellen, daß man aus christlichem Engagement ohne die soziale Komponente Politik betreiben kann. Schließlich läßt sich kein gelebtes Christentum ohne Nächstenliebe denken. Aber wie die Nächstenliebe politisch übersetzt wird, welche anderen Werte dazukommen und wie die Prioritäten gesetzt werden, das muß jedem Christen überlassen werden.

HK: Und warum wäre eine neue christliche Sammlungsbewegung politisch ohne eine reelle Chance?

Schwan: Die katholische Kirche selber muß doch in Deutschland heute darum ringen, die Gläubigen an sich zu binden, mit den Erosionsprozessen von Glauben und Kirchenbindung fertigzuwerden und ist einem immer stärkeren inneren Pluralismus ausgesetzt. Ein neuer Integralismus, ein neuer Schulterschuß zwischen der Kirche und einer sich bewußt als christlich verstehenden Partei ist in einer solchen Situation von vornherein zum Scheitern verurteilt, weil er an den realen Verhältnissen in der Kirche wie in den Parteien vorbeigeht. Der kluge Alexis de Tocqueville hat im letzten Jahrhundert den wertvollen Beitrag der christlichen Kirchen, vor allem auch der katholischen Kirche in den USA für die Demokratie, herausgestellt und dabei zugleich die Bedeutung der Trennung von Staat und Kirche für beide Seiten hervorgehoben. Vieles davon läßt sich auch auf unsere Situation übertragen: Es kann keine integral christliche Partei geben, die dann ja letztlich Christen in anderen Parteien die Christlichkeit ihres politischen Engagements absprechen oder sie zumindest massiv in Zweifel ziehen müßte.

„Gegen die allgemeine Politikverdrossenheit gibt es keine einfachen Rezepte“

HK: Auch wenn es nicht zu einer stärkeren Aufspaltung des Parteiensystems in Deutschland kommen sollte, Tatsache ist doch, daß die Zahl der sicheren, weil in bestimmten Milieus verwurzelten Stammwähler ab- und die der Wechselwähler zunimmt. Werden damit die Parteien nicht fast zwangsläufig instabiler? Wie können sie unter diesen Vorzeichen Bürger für sich als Wähler oder gar als Mitglieder mobilisieren?

Schwan: Die Parteien werden die Menschen nicht mehr in gleichem Maß wie früher als feste Kundschaft gewinnen können. Ich sehe für die Parteien keinen anderen Weg als die Verbindung einer klug durchdachten Programmatik für die verschiedenen Politikbereiche mit glaubwürdigen Personen. Es geht nicht anders, als daß die Parteien den Menschen, die sich bei ihnen engagieren wollen, den nötigen Freiraum gewähren, ihre Gedanken zu äußern und ihren Weg zu versuchen, auch wenn das Schwierigkeiten

mit der gewohnten Parteidisziplin schafft. Eines der Grundübel unserer Parteien ist ein Hang zur Disziplinierung, der der Sache nicht gerecht wird und alle Ansätze zur Zivilcourage immer wieder erstickt. Ich sehe etwa mit Erschrecken, welchen Angriffen und Anfeindungen Frau Süssmuth wegen ihrer Haltung zur rechtlichen Regelung des Schwangerschaftsabbruchs in ihrer Partei ausgesetzt ist.

HK: Die Parteien sollten die Entwicklung zu lockeren Formen des Engagements und der Bindung an sie demnach nicht so sehr beklagen denn als Chance begreifen . . .

Schwan: Die Parteien müssen der modernen Lebenswelt und ihren Mechanismen und Veränderungen Rechnung tragen. Früher war vor allem die SPD für viele Mitglieder eine Heimat. Ich weiß nicht, für wieviele Sozialdemokraten die SPD heute noch in diesem Sinn Heimat ist. Das heißt natürlich nicht, daß man sich nicht durchaus aufrichtig und ohne Aufgabe des selbständigen Denkens zu einer Partei und ihren Grundintentionen bekennen kann. Aber die Bindung ist wegen der zunehmenden Differenzierung der Gesellschaft sozial wie weltanschaulich nicht mehr so eng. Auch die frühere Funktion der Mitglieder, die Interessen und Vorstellungen der Bevölkerung einzubringen, wird heute eher durch Meinungsbefragungen erfüllt. Am realistischsten wäre in Zukunft eine Scharnierfunktion der Mitglieder und Parteiapparate zwischen engagierten, aber nicht parteigebundenen Bürgern, die sich z. B. für ein kommunalpolitisches Projekt zusammenschließen, und einer Partei, die die Ergebnisse solcher Projekte in die parlamentarische oder administrative Arbeit einbringen könnte. So bliebe sie eher am Puls der Menschen und wäre für diese umgekehrt als Vermittlerin interessant.

HK: Die meisten Leute, die heute die Parteien und ihre Rolle im Staat kritisieren, tun das nicht deshalb, weil sie außerhalb der Parteien glaubwürdige und effiziente Formen des politischen Engagements entdeckt hätten bzw. pflegen, sondern mehr aus einem allgemeinen Überdruß gegenüber dem politischen Betrieb überhaupt. Ist dagegen ein Kraut gewachsen?

Schwan: Gegen die allgemeine Politikverdrossenheit gibt es sicher keine einfachen Rezepte. Auch die Parteien können hier nur begrenzt gegensteuern. Im übrigen handelt es sich ja auch nicht nur um ein deutsches, sondern ein europäisches und auch amerikanisches Phänomen. Nehmen Sie nur das Phänomen Ross Perot im amerikanischen Präsidentschaftswahlkampf. Ich meine, es hat dennoch Sinn, Leute, gerade auch junge Leute, dazu zu ermuntern, sich in Parteien zu engagieren. Nur darf man sich dabei keine Illusionen darüber machen, was durch die Mitarbeit in einer Partei de facto bewegt werden kann.

HK: Richard von Weizsäcker hat in seinem Interview für eine „Bürgergesellschaft“ als Ausweg aus der Krise des Parteienstaates plädiert. Die überzogenen Ansprüche und Einflußmöglichkeiten der Parteien könnten so am besten

zurückgestutzt werden. Ist das nicht ein zu hohes Ideal, das kaum einzulösen ist? Gilt nicht alles, was im Blick auf die Parteien an Lethargie, Denkfaulheit, Unfähigkeit zur Analyse und zur Profilierung in Sachpositionen beklagt wird, für unsere Gesellschaft und für die Öffentlichkeit überhaupt?

Schwan: Die angelsächsische Tradition der Bürgergesellschaft, der „civil society“, auf die der Bundespräsident anspielt, ist bei uns noch jung. Aber Elemente davon sind doch zweifellos vorhanden. Viel mehr Menschen als früher verfügen heute über einen höheren Bildungsabschluss. Inzwischen haben 30 Prozent eines Jahrgangs bei uns Abitur. Natürlich ist nicht mit dem Abitur automatisch auch schon der Bürgersinn verbunden, aber es gibt doch heute mehr intellektuelle Analysekompetenz und einen höheren Grad an Informiertheit als in früheren Jahrzehnten. Es fehlt auch nicht an lebendigen und sachbezogenen Diskussionen auf den verschiedensten Foren, in den Zeitungen und den elektronischen Medien. Eine andere Frage ist allerdings, inwieweit die Bereitschaft zur Initiative und zur praktischen Kooperation vorhanden ist, die über theoretische Auseinandersetzungen hinausgeht und auch zum Bürgerlichen in einem guten politischen Sinn gehört.

„Es ist möglich, daß sich die Prozentsätze bei Wahlen stärker verschieben“

HK: Eine Möglichkeit, wie man den Einfluß der Parteien zurückfahren und die Bürger direkter an politischen Entscheidungen beteiligen könnte, wäre die Verstärkung plebiszitärer Elemente. Im Zusammenhang mit der gegenwärtigen Verfassungsdiskussion taucht dieses Stichwort immer wieder, wenn auch kontrovers auf. Sollte man das Volk an den Parteien vorbei oder als Ergänzung zur parteigesteuerten parlamentarischen Willensbildung mehr direkt entscheiden lassen oder ist das eher ein Holzweg?

Schwan: Plebiszite können die gute und hilfreiche Funktion haben, die Menschen aufzurütteln und für die jeweiligen Probleme stärker zu interessieren. Aber diese Wirkung kann sich schnell abnutzen. Darüber hinaus besteht immer die Gefahr, daß die Fragestellung für ein Plebiszit in einer Weise vereinfacht wird, daß sie der Sachproblematik nicht mehr wirklich gerecht wird. Man sollte auch nicht übersehen, daß die Parteien durch ihre Kontinuität als Institutionen und ihre Strukturen auch um die Kontinuität und die innere Kohärenz von Politik besorgt sein müssen, während Plebiszite heute so und morgen wieder ganz anders ausfallen können. Deswegen sollten Plebiszite nicht zu häufig stattfinden, sondern die Voraussetzungen dafür entsprechend hoch angesetzt werden. Sie sollten vor allem die Funktion haben, die Parteien zu zwingen, sich mit einem Problem auf dem Weg der Gesetzgebung zu befassen. Plebiszite sollten den Parteien nicht die Entscheidung abnehmen, aber durchaus die Agenda der Politik mitbestimmen.

HK: Inwieweit hängt die oft beklagte Bürgerferne und Trägheit unserer Parteien auch damit zusammen, daß sie über einen großen Apparat verfügen und sich schon deshalb viel zuviel mit ihrem eigenen Innenleben und den damit verbundenen Querelen beschäftigen? Müßten die großen Parteien bei uns vom Apparat her schlanker werden, um die Menschen besser zu erreichen, oder vergeuden sie ihre materiellen und personellen Ressourcen für die falschen Zwecke?

Schwan: Man kann hier nicht alles über einen Kamm scheeren. Im Bereich der Parteistiftungen z.B. sollte man möglichst nicht sparen oder jedenfalls nicht mit dem Sparen anfangen. Die Stiftungen leisten doch wertvolle Arbeit nicht nur in der Bundesrepublik, sondern vor allem auch im Ausland, nicht zuletzt in vielen Ländern der Dritten Welt. Behäbigkeit und Größe, die einer sensiblen Reaktion auf die Probleme der Bürger entgegenstehen, sehe ich eher im Apparat der Parteizentralen. Hier könnte sicher manches mit Gewinn für die eigentlichen Aufgaben der Parteien heruntergefahren werden, damit nicht ein Übermaß an Bürokratisierung entsteht.

HK: Die deutschen Parteien können sich ihren großen Apparat und ihre aufwendige Bildungsarbeit und ihre materialintensiven Wahlkämpfe nur leisten, weil sie über erhebliche Geldmittel verfügen, die zu erheblichen Teilen aus dem Staatshaushalt kommen. Dementsprechend ist das Geld der Parteien von den Medien bis zu den Stammtischen auch ein Lieblingsthema von Parteienkritik. Ließe sich dem durch eine Reform der Parteienfinanzierung entgegensteuern?

Schwan: Würden Parteien überhaupt nicht vom Staat, sondern nur von der Gesellschaft finanziert, wären diejenigen Parteien im Vorteil, hinter denen die finanziell kräftigere Klientel steht. Um das zu verhindern, gibt es ja bei uns die Mitfinanzierung der Parteien durch den Staat vor allem durch Wahlkampfkostenerstattung. Eine lupenreine Lösung für die Parteienfinanzierung gibt es sicherlich nicht, so daß eine Mischung aus Mitgliedsbeiträgen, Spenden und staatlichen Leistungen, wie sie bei uns besteht, sicher nicht die schlechteste Lösung ist. Ich bin sicher, daß der Kollege von Armin, als der Experte auf dem Gebiet, kluge Lösungsvorschläge machen kann; ich bin hier im einzelnen zu wenig kompetent. Nur führt aus dem Grundproblem kein Weg heraus, daß die Parteien, weil sie zwischen dem von den staatlichen Institutionen repräsentierten Gemeinwohl und der Gesellschaft mit ihren Partikularinteressen stehen, immer eine schwierige Gratwanderung zwischen einer Abhängigkeit vom Staat und einer Abhängigkeit von potenten gesellschaftlichen Interessenverbänden unternehmen müssen. Im übrigen bin ich nicht sicher, ob die Parteien aktiver wären, sich mehr um die Bevölkerung bemühen würden, wenn sie weniger Geld hätten.

HK: Politologen sind ebensowenig Propheten wie Politiker. Trotzdem würde ich gern einen Blick in die Zukunft werfen. Wie wird wohl die deutsche Parteienlandschaft

nach all dem, was sich gegenwärtig abzeichnet, in ein paar Jahren aussehen?

Schwan: Die Erfahrung zeigt, daß Institutionen oder Gruppierungen, die sich über eine längere Zeit durchgehalten haben, auch eine gute Chance haben, sich weiter zu halten. Das gilt gerade auch für die Parteien. So ist etwa der Tod der Liberalen schon oft prophezeit worden. Ich war gegenüber solchen Voraussagen immer skeptisch, einfach weil der Liberalismus eine der großen politischen Strömungen der Moderne ist, der zwar nicht Exklusivbesitz einer Partei ist, aber auch weiterhin als eigenständige Partei im Gesamtspektrum präsent sein wird. Was ich für den Liberalismus sagte, gilt sicher auch für den Konservatismus und für die sozialdemokratische, den Gleichheitsgedanken akzentuierende Strömung. Auch sie werden im Parteienspektrum erhalten bleiben. Das Ende des sozialdemokratischen Zeitalters, von Ralf Dahrendorf seit Jahren angekündigt, ist nicht in Sicht. Auch die Grünen werden sich – jedenfalls als politische Grundströmung – halten können; sie haben doch eine relativ feste soziale Klientel und können vom weiter zunehmenden Gewicht der Umweltprobleme zehren. Schließlich ist

damit zu rechnen, daß nationale Strömungen Zulauf erhalten, und je tiefer die Krisen reichen, nationalistisch-extremistische, vielleicht auch religiös-fundamentalistische, die sozialpsychologisch ähnliche Bedürfnisse bedienen wie die nationalistischen.

HK: Aber stabile ideologisch-politische Grundströmungen und konkrete Parteien sind nicht dasselbe . . .

Schwan: Natürlich ist nicht auszuschließen, daß es zu Abspaltungen innerhalb der einzelnen Lager kommt, wie etwa früher zwischen Links- und Rechtsliberalismus und linken und rechten Sozialdemokraten. Aber ich sehe nicht, daß sich die drei „alten“ Parteien, die die Bundesrepublik politisch in ihrer bisherigen Geschichte prägen, inzwischen überflüssig gemacht hätten oder sich in absehbarer Zeit überflüssig machen werden. Es ist allerdings durchaus möglich, daß sich die Prozentsätze bei Wahlen stärker verschieben, daß also die beiden großen Parteien zugunsten kleinerer Parteien auf Dauer Wähler verlieren oder in ihrem Bestand zumindest instabiler werden. Das könnte dann auch dazu führen, daß Regierungs- und Koalitionsbildungen eine andere Dynamik bekommen.

Auf dem mühsamen Weg zur neuen Stadt

Der 91. Deutsche Katholikentag in Karlsruhe

Unter dem Motto „Eine neue Stadt ersteht. Europa bauen in der Einen Welt“ fand vom 17. bis 21. Juni in Karlsruhe der 91. Deutsche Katholikentag statt, in einem sowohl kirchlich wie politisch-gesellschaftlich spannungsreichen Umfeld. Dementsprechend spiegelte der Katholikentag das weitverbreitete Unbehagen in der katholischen Kirche der Bundesrepublik angesichts des massiven Problemstaus ebenso wider wie die deutschen Unsicherheiten im Blick auf die weitere Entwicklung in den neuen Bundesländern und die künftige Rolle Deutschlands in Europa und in der Welt. Die beiden folgenden Berichte beleuchten den Karlsruher Katholikentag aus unterschiedlichen Blickwinkeln: Klaus Nientiedt stellt den Katholikentag als Ereignis dar und ordnet ihn in die kirchliche Situation ein, Alexander Foitzik bilanziert den thematischen Ertrag des Karlsruher Treffens.

Zur Charakterisierung des 91. Deutschen Katholikentags in Karlsruhe fällt einem zunächst ein, was er alles *nicht* war: Seinen Ausmaßen wie seinem inhaltlichen Gehalt nach war er kein „großer“ und kein überraschend kleiner Katholikentag, weder ein unerwartet kontroverser noch auch ein auffallend harmonischer, kein „nur“ frommer, aber auch kein wirklich politischer, kein ausgesprochen fröhlicher und kein besonders problemorientierter, kein langweilig-routinierter, aber auch keiner, der die Gemüter

heftig erregte. Er war nicht so groß wie mancher seiner Vorgänger, aber er war mit ca. 50 000 Dauer- und jeweils 20 000 Tagesgästen immer noch so groß, daß man unter den räumlichen Bedingungen der früheren badischen Hauptstadt im Grunde froh sein konnte, daß nicht mehr Menschen gekommen waren.

Vor allem aber war dieser Katholikentag wieder einmal nicht einfach das, was sein Veranstalter, das *Zentralkomitee der deutschen Katholiken*, thematisch aus ihm machen wollte. 1990 in Berlin lag das Datum, um das sich beim damaligen Katholikentag fast alles drehte, wenige Monate zurück – die ebenso überraschende wie folgenschwere Öffnung der die beiden deutschen Staaten gewaltsam trennenden Mauer. Der Zufall hatte es gewollt, daß sich das Zentralkomitee innerhalb von zehn Jahren zum zweitenmal entschlossen hatte, nach Berlin zu gehen – zu einem Zeitpunkt, als noch niemand absehen konnte, daß diese Stadt vom Symbol des Kalten Krieges zum Symbol seiner Beendigung werden würde.

Am liebsten wäre man bereits in diesem Jahr mit dem Katholikentag in die *neuen Bundesländer* gegangen – die mangelhaften infrastrukturellen Voraussetzungen dort verhinderten dies jedoch. In Berlin 1990 hatte man sich kurzfristig mit Hilfe von Programmergänzungen auf die neue Lage eingestellt; in Karlsruhe fand jetzt der erste, vom Laienkatholizismus in Ost und West gemeinsam